

Textbausteine zur Verwendung in Newslettern und auf Websites der Multiplikatoren

Die Mobilitätswende vor Ort mitgestalten

Was macht es für Bürger*innen in Hessen attraktiv, sich an der Gestaltung und Planung eines nachhaltigen Mobilitätsangebots in ihrer Region zu beteiligen? Dies möchte das Fachzentrum Nachhaltige Urbane Mobilität des Landes Hessen (FZ-NUM) herausfinden. Interessierte können noch bis zum 14. Dezember 2020 an einer Befragung teilnehmen.

Ob es um eine ganzheitliche nachhaltige Mobilitätsplanung, die Weiterentwicklung des ÖPNV oder die bessere Verzahnung bereits bestehender Mobilitätsangebote geht: Soll die Mobilitätswende gelingen, ist es entscheidend, dass sich Bürger*innen einbringen und die Zukunft der Mobilität vor Ort aktiv mitgestalten.

Um die Bedürfnisse und Anforderungen hessischer Bürger*innen noch besser zu verstehen, führt das Fachzentrum Nachhaltige Urbane Mobilität des Landes Hessen (FZ-NUM) derzeit eine Online-Befragung durch. Durch die Teilnahme können Bürger*innen in Hessen dem FZ-NUM Auskunft darüber geben, wie sie sich aktuell über Mobilitätsangebote informieren und ob sie sich vorstellen können, sich stärker an den Gestaltungs- und Planungsprozessen für ein nachhaltiges Mobilitätsangebot in ihrer Region zu beteiligen. Insbesondere geht es darum, herauszufinden, wie Möglichkeiten der Beteiligung an solchen Prozessen aussehen müssen, damit sie für verschiedene Zielgruppen attraktiv sind.

Die Antworten aus der Befragung helfen dabei, die Beteiligungsmöglichkeiten von Bürger*innen an Mobilitätsplanungsprozessen in Hessen zukünftig noch besser auf die Bedürfnisse verschiedener Zielgruppen zuzuschneiden.

Die Teilnahme an der Befragung ist noch bis zum 14. Dezember 2020 [unter diesem Link](#) möglich. Die Beantwortung des Fragebogens wird ca. 10 - 15 Minuten in Anspruch nehmen. Die erhobenen Daten werden streng vertraulich behandelt und ausschließlich für die Entwicklung konkreter Maßnahmen genutzt, die die Beteiligungsmöglichkeiten von Bürger*innen an Mobilitätsplanungsprozessen im Land Hessen erhöhen sollen.